



Antrag

der Fraktion der FDP

Digitale Agenda für Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

I. Digitaler Ordnungsrahmen

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich auf Bundesebene im Sinne der Netzneutralität für das Verbot von Zero-Rating-Angeboten und bezahlten Überholspuren sowie für eine gesetzliche Klarstellung des digitalen Verkehrsmanagements einzusetzen,
- sich auf Bundesebene für die Aufnahme digitaler Teilhabe als elementares Bürgerrecht entsprechend der Schleswig-Holsteinischen Landesverfassung ins Grundgesetz einzusetzen,
- die anlasslose Speicherung von Daten als den Chancen einer digitalisierten Gesellschaft zuwiderlaufend anzuerkennen,
- sich auf Bundesebene für eine gesetzliche Klarstellung sowohl des „Rechtes auf Vergessen werden“ als auch in Bezug auf den digitalen Nachlass einzusetzen,
- sich auf Bundesebene für die vollständige Abschaffung der Störerhaftung, wonach Unterlassungsansprüche nicht mehr geltend gemacht werden können, einzusetzen.

II. Digitaler Staat

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Digitalisierung öffentlicher Verwaltungen schnellstmöglich im Sinne einer weitestgehend papierlosen Kommunikation mit den Bürgern zu realisieren,
- schnellstmöglich sämtliche Einrichtungen und Liegenschaften in der Zuständigkeit des Landes mit offenen W-LAN-Zugängen ausstatten zu lassen,
- schnellstmöglich öffentlich zugängliche Transparenzportale zu realisieren, aus denen Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger Verwaltungsdaten, mit Ausnahme von personenbezogenen Daten und betrieblichen Geschäftsgeheimnissen, abrufen und weiterverarbeiten können,
- die Präsenz und das Angebot von Landesbehörden im Internet – insbesondere in den sozialen Netzwerken – auszubauen und eine eigene Abteilung für die Verwaltung und Pflege eigener Accounts einzurichten.

III. Digitale Sicherheit

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich auf Bundesebene für ein Cyberabwehrzentrum (CAZ) – integriert in das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und ausdrücklich nicht dem Bundesinnenministerium nachgeordnet – zur Bekämpfung von digitaler Kriminalität einzusetzen,
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass in Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung neue Verschlüsselungstechnologien entwickelt werden und dafür entsprechend Investitionsmittel zur Verfügung gestellt werden,
- die Fort- und Ausbildung bei der Landespolizei fortwährend an die gestiegenen Anforderungen digitaler Kriminalitätsbekämpfung anzupassen,
- die landesweiten Dienstbehörden schnellstmöglich ans Breitbandnetz anzuschließen, deren Dienstwagen mit einem schnellen Internetzugang sowie die Beamtinnen und Beamten bedarfsgerecht mit digitalen Endgeräten auszustatten und in Abstimmung mit dem Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD) den Aufbau einheitlicher interner Informationsdienste bzw. spezifischer Applikationen zu fördern.

IV. Digitale Bildungsrevolution

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- über das IQSH umfassend geeignete digitale Angebote für Schulen in einer landesweiten E-Learning-Plattform zu bündeln und die Digitalisierung von Lernmaterialien verstärkt voranzutreiben,
- sich auf Bundesebene für ein Investitionsprogramm des Bundes für eine flächendeckende technische Ausstattung in Grund- und weiterführenden Schulen einzusetzen, das auch die notwendige Bereitstellung von Personal für den IT-Bereich sowie eine angemessene Unterstützung der Schulträger beim Ankauf von digitalen Endgeräten beinhaltet,
- ab der Grundschule die digitale Medienkompetenz und altersgerecht auch bereits die Vermittlung von Programmiersprachen in den Fachanforderungen zu verankern,
- alle Anstrengungen zu unternehmen, um möglichst viele Lehrkräfte fit für die Vermittlung digitaler Kompetenzen zu machen,
- die Hochschulen finanziell in die Lage zu versetzen, die Zahl der Online-Studiengänge sowie der online abrufbaren Vorlesungen und Seminare deutlich zu erhöhen.

V. Digitalisierung der Wirtschaft

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- eine Landesstrategie zur Unternehmensansiedlung unter besonderer Berücksichtigung der Potentiale digitaler Wertschöpfungsprozesse in verschiedenen Wirtschaftssektoren zu entwickeln,
- die Einrichtung von *One-Stop-Shops* als zentrale Ansprechpartner innerhalb von Behörden für Unternehmensgründerinnen und -gründer zu etablieren, bessere Finanzierungsmöglichkeiten durch geeignete rechtliche Rahmenbedingungen für Wagniskapitalinvestitionen oder Crowd-Funding-Modelle zu ermöglichen und Möglichkeiten steuerlicher Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen zu schaffen,
- verstärkt Anreize zur Förderung des digitalen Lernens im Rahmen betrieblicher Fort-, Weiter- sowie Ausbildungsangebote zu setzen und entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen als Schwerpunkt jedes Landesprogrammes zur Förderung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft zu berücksichtigen,

- gemeinsam mit den Schulträgern und der schleswig-holsteinischen Wirtschaft ein Konzept für die Einrichtung von *Smart Factories* an den berufsbildenden Schulen zu entwickeln, die die Vermittlung arbeitsmarktspezifischer Fertigkeiten, das Trainieren intelligenter Produktionsprozesse für Auszubildende sowie die Sensibilisierung für die Herausforderungen des digitalen Wandels hervorheben,
- die Umstellung auf digitalisierte Geschäftsmodelle durch geeignete Maßnahmen (z.B. Netzausbau, Bildungsmaßnahmen etc.) voranzubringen und digitalisierte Umweltdaten für Unternehmerinnen und Unternehmer, insbesondere in der Landwirtschaft, einfacher zugänglich zu machen.

VI. Bessere Arbeit

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- flexible Arbeitszeitmodelle und Fort- bzw. Weiterbildungen im Sinne einer ortsunabhängigen Arbeitsgestaltung zu fördern sowie das Recht auf Tätigkeit im Home-Office für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesetzlich zu stärken,
- sich an der Erarbeitung gezielter Qualifizierungsmaßnahmen zur Integration qualifizierter Menschen im Bereich der Digitalwirtschaft zu beteiligen und im Zuge dessen die Verabschiedung eines geeigneten Einwanderungsgesetzes voranzutreiben.

VII. Digitale Infrastruktur

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- ein geeignetes Gesamtkonzept zum Ausbau digitaler Netze unter Berücksichtigung verschiedener Finanzierungsmöglichkeiten auf EU-, Bundes- und Landesebene vorzulegen,
- sich auf Bundesebene für eine Reform des Straßenverkehrsrechtes unter Berücksichtigung der Zulassung autonomer und teil-assistierter Verkehrshilfssysteme, der Verwendung und dem Schutz personenbezogener Daten sowie der ungeklärten Fragen bei der Fahrer- und Halterhaftung einzusetzen,
- den bargeldlosen Ticketerwerb für öffentliche Verkehrsmittel in Schleswig-Holstein durch geeignete Maßnahmen im Sinne der Kundenorientierung sowie der Zeit- und Kostenersparnis zu fördern.

VIII. Medizinische Versorgung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Nutzung digitaler Möglichkeiten im Bereich von E-Health und Telemedizin als Chance zu erkennen und darüber hinaus entsprechende Fördermittel für das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) zum Aufbau einer eigenen Abteilung für die Nutzung und Erforschung digitaler Möglichkeiten medizinischer Versorgung bereitzustellen,
- in Kooperation mit dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz (ULD) ein Konzept zum Aufbau einer digitalen Patientenakte für Schleswig-Holstein bis zum Ende dieser Wahlperiode vorzulegen, das medizinische Daten von reinen Abrechnungs- und Verwaltungsdaten der Krankenkassen trennt und im Umgang mit hochsensiblen und persönlichen Informationen größtmöglichen Datenschutz und Transparenz für den Patienten gesetzlich garantiert.

IX. Digitales Europa

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- auf europäischer Ebene auf die Verabschiedung gemeinsamer Standards in den Bereichen technischer Regulierungen, Datenschutz und Datensicherheit und den Abbau von Hemmnissen für einen freien digitalen Waren- und Dienstleistungsverkehr fortwährend hinzuwirken,
- auf europäischer Ebene auf die Errichtung eines einheitlichen digitalen europäischen Binnenmarktes und auf entsprechende europäische Fördermittel im Hinblick auf die digitalen Herausforderungen hinzuwirken,
- die Bemühungen der Europäischen Kommission hinsichtlich der stetigen Fortentwicklung eines EU-e-Government-Aktionsplanes ausdrücklich zu unterstützen und auf einheitliche Standards im Sinne der informationellen Selbstbestimmung und der gemeinschaftlichen Kommunikationswege sowie Datenaustauschformate zwischen den europäischen Verwaltungen hinzuwirken.

Christopher Vogt
und Fraktion